

Niederschrift

über die 38. öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 18.11.2013 im Großen Beratungsraum (B2-1-02), Am Nuthefließ 2 in Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Maritta Böttcher

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Evelin Kierschk
Herr Detlev von der Heide
Frau Angelika Österreicher
Frau Heike Kühne
Herr Dr. Manfred Georgi
Frau Karola Andrae
Herr Erich Ertl

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske
Frau Waltraud Kahmann
Frau Sabine Decker
Herr Guido Kohl
Frau Antje Bauroth

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Krüger

Sachkundige Einwohner

Herr Marco Kerbs
Frau Karin Mayer
Frau Gabriele Georgi

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 19.08.2013
- 4 Anfragen der Abgeordneten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 6 Stellenplanerweiterung im Sozialamt der Kreisverwaltung für den Betrieb des ÜWH für Flüchtlinge und Asylbewerber, Birkengrund 3 in 14974 Ludwigsfelde 4-1671/13-II
- 7 Substanzkonsum bei Jugendlichen und Suchtprävention im Landkreis Teltow-Fläming

Nichtöffentlicher Teil

- 8 Bewachung und Sicherung des Übergangwohnheimes, Forststraße 14 in 14943 Luckenwalde 4-1670/13-II

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Frau Böttcher begrüßt alle Abgeordneten, sachkundigen Einwohner, Vertreter der Verwaltung und Gäste. Die vorliegende Tagesordnung wird dahingehend geändert, dass der TOP 6 - Vorlage Bewachung und Sicherung des ÜWH, Forststraße in Luckenwalde in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung verlegt wird.
Mit dieser Änderung wird die TO bestätigt.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Herr Mikolaschek fragt zum Stand der Bearbeitung des Antrages auf Einzelfallhelfer für Antonia Sura. Zum ergangenen Bescheid wurde Widerspruch eingelegt, der noch nicht beschieden ist.

Frau Böttcher antwortet, dass ein Einzelfall im Ausschuss nicht behandelt werden kann. Da spielen Persönlichkeitsrechte und Datenschutz eine große Rolle. Dazu gibt es die Einzelfallprüfung. Im Ausschuss können nur allgemein gültige Verfahrensweisen und Aussagen besprochen werden.
Herrn Mikolaschek wird eine schriftliche Beantwortung der aufgeworfenen Fragen zugesagt.

Frau Kahmann ergänzt, dass speziell in diesem Fall dem Fachamt die Zuständigkeit der Prüfung obliegt. Der Bescheid ist ergangen. Der eingereichte Widerspruch wird zzt. geprüft und dann entschieden.

Speziell in diesem Fall geht es um eine Einzelfallhilfe in der Förderschule Jüterbog. Hierbei ist genau auseinanderzuhalten, was ist Aufgabe der Schule und was ist Aufgabe des Sozialamtes. Nach Abschluss der Prüfung wird es eine entsprechende Antwort geben.

Frau Böttcher fragt nach dem zeitlichen Rahmen der Bearbeitung.

Frau Gurske bittet, wenn es um Einzelfälle geht, vor der Ausschusssitzung die Fragen im Dezernat bzw. Fachamt einzureichen, um sich entsprechend vorbereiten und recherchieren zu können.

Herr Mikolaschek bittet den Ausschuss Frau Sura die Möglichkeit zu geben, von ihrem täglichen Alltag mit seinen Belastungen und Problemen zu berichten.

Frau Böttcher macht noch einmal auf die persönlichkeitsgeschützenden Gründe aufmerksam. Sie fragt die Mitglieder des Ausschusses und Frau Sura zur rechtlichen Absicherung, ob sie damit einverstanden sind.

Frau Sura erklärt ihr Einverständnis und schildert die Situation des täglichen Alltags von Antonia mit all den kleinen und großen Schwierigkeiten.

Frau Böttcher bittet zum Abschluss die Verwaltung den Widerspruch zügig zu bearbeiten.

Herr von der Heide möchte über das Ergebnis mit Einverständnis von Frau Sura informiert werden.

Frau Sura gibt die Zustimmung.

Frau Kierschk begrüßt, dass Frau Sura den Weg in den Ausschuss gefunden hat. Es ist ein richtiger Ansatzpunkt, sich mit seinen Sorgen die Verwaltung betreffend an den Ausschuss zu wenden.

Die zweite Frage von Herrn Mikolaschek betrifft die Richtlinie zur Förderung der Kindertagespflege.

Frau Böttcher erklärt ihm, dass diese Thematik in den Jugendhilfeausschusses gehört. Sie hat die E-MAIL entsprechend an das Jugendamt weitergeleitet.

Drittens fragt Herr Mikolaschek zum Verfahren und Voraussetzungen der Inanspruchnahme des Behindertenfahrdienstes ab 2014. Was ist die Bemessungsgrundlage?

Frau Böttcher bittet die Verwaltung, Herrn Mikolaschek eine schriftliche Antwort zukommen zu lassen.

Frau Kahmann erläutert, dass es eine Leistung nach dem SGB XII ist und somit einkommens- und vermögensabhängig. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eine Bedarfsberechnung im Einzelfall durchzuführen. Die Bemessungsgrundlagen sind vom Gesetzgeber vorgegeben.

Bisher war es eine freiwillige Leistung des Landkreises.

TOP 3

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 19.08.2013

Herr Dr. Georgi bemerkt, dass er bei der Sitzung anwesend war, aber in der Niederschrift als entschuldigt vermerkt ist.

Die Niederschrift der Sitzung vom 19. August 2013 wird mit dieser Anmerkung bestätigt.

TOP 4

Anfragen der Abgeordneten

Zu diesem TOP liegen keine Anfragen vor.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

Frau Gurske informiert, dass aufgrund aufgetretener Tuberkulosefälle in der Zentralen Aufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt erstmal die Verteilung der Asylbewerber gestoppt wurde.

Der Landkreis wird somit voraussichtlich erst Ende Dezember das Aufnahmesoll für den Monat November und Dezember zugewiesen bekommen.

Durch ein gutes Auszugsmanagement in den Heimen und die kurzfristige Schaffung von Plätzen in der Grabenstraße, ist die Unterbringung der Asylbewerber gewährleistet.

In Luckenwalde besteht ein sehr guter Kontakt zur Stadtverwaltung, als auch zu den Schulen und dem Schulamt, was die Integration der Flüchtlinge erleichtert. Um dies auch in den anderen Städten zu gewährleisten, sollen diese in Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten aktiv in die Vorbereitungen zur Unterbringung der Flüchtlinge einbezogen werden.

Herr von der Heide bittet um nähere Informationen zum Objekt Grabenstraße als drittes ÜWH für die Stadt Luckenwalde. Der Ausschuss ist im Vorfeld darüber nicht informiert worden.

Frau Gurske erläutert, dass in diesem Objekt kein dauerhafter Betrieb stattfinden soll.

Aufgrund einer sonderaufsichtsbehördlichen Weisung des Landes, dass jeweils zum 15. des Monats 37 Plätze zur Verfügung zu stellen sind, musste eine schnelle Lösung gefunden werden. Ansonsten würde das Land eine Ersatzvornahme machen und dem Landkreis entsprechend in Rechnung stellen. Bewusst ist der Verwaltung, dass die Stadt Luckenwalde mit den ÜWH in der Anhaltstraße und der Forststraße schon über den angestrebten Verteilschlüssel belastet ist.

Der Landkreis bekommt Investitionsmittel des Landes pro Platz nur für kommunale Objekte. Diese befinden sich größtenteils in der Stadt Luckenwalde. In den anderen Orten wäre man auf Mietobjekte angewiesen, wofür es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Investitionszuschuss vom Land gibt. Mit einer Belegung der geplanten Objekte in Ludwigsfelde und Jüterbog wäre ein Rückbau des Objektes Grabenstraße möglich.

Das Land prüft zzt. inwiefern Landesimmobilien genutzt werden können. Landesimmobilien wären z.B. in Blankenfelde die ehemalige Kaserne oder der Gebäudekomplex in Wünsdorf. Von einigen Südgemeinden, u.a. Niedergörsdorf liegen einzelne Wohnungsangebote vor. Diese werden in Abstimmung mit der Ausländerbehörde genutzt, wenn eingeschätzt werden kann, dass die Familien mit dem Alleinleben außerhalb des ÜWH zurechtkommen bzw. aufgrund einer Traumatisierungssituation geboten scheint, ihnen mehr Ruhe und Separierung zu ermöglichen.

TOP 6

Stellenplanerweiterung im Sozialamt der Kreisverwaltung für den Betrieb des ÜWH für Flüchtlinge und Asylbewerber, Birkengrund 3 in 14974 Ludwigsfelde(4-1671/13-II)

Frau Böttcher stellt die Vorlage zur Diskussion.

Frau Andrae fragt nach, warum die Hausmeisterstelle innerhalb des Personalschlüssels des Landkreises geschaffen wird. Der Hausmeisterservice kann über Drittfirmen gebucht werden und belastet dann nicht den Stellenplan.

Frau Kahmann antwortet, dass das der Dringlichkeit der Situation geschuldet ist. Das Personalamt prüft derzeit, inwieweit die Hausmeister der Kreisverwaltung dafür durch Stellenumverteilung eingesetzt werden können. Es ist erst einmal eine interne Ausschreibung. Die Stelle muss abgesichert werden und jemand vor Ort sein, wenn das Objekt mit Beginn des Jahres 2014 in Betrieb gehen soll.

Frau Andrae betont noch einmal, dass von Stellenplanerweiterung gesprochen wird. Es geht nicht um die Sozialarbeiter. Wenn intern keine Lösung für den Hausmeister gefunden wird, sollte auf einen Drittanbieter zurückgegriffen werden.

Herr Kohl erklärt, dass nur die Sozialarbeiterstellen extern ausgeschrieben werden. Die Besetzung der Hausmeisterstelle soll durch interne Umsetzung sichergestellt werden und es ist somit ein Stellenaufwuchs.

Frau Kahmann ergänzt, dass dies eine Übergangslösung sein soll und der Situation geschuldet ist. Angedacht ist die Aufgabe der Betreuung auszuschreiben und an einen freien Träger zu geben.

Herr Ertl fragt nach den zu schaffenden Plätzen und ob der Ausbau des Dachgeschosses mit der Baufirma abgesprochen wurde.

Frau Kahmann informiert, dass das Bauamt der Kreisverwaltung dazu noch in der Prüfung ist. Die 120 Plätze, die vorher schon in der Einrichtung waren, kommen auf jeden Fall. Das ist auch der Stadt Ludwigsfelde bekannt.

Frau Österreicher fragt nach den geforderten Fremdsprachenkenntnissen der Sozialarbeiter.

Frau Kahmann erklärt, dass es bestimmte Einzugsgebiete gibt und man sich nicht auf alle Sprachen einigen kann. Englisch und russisch sind die wichtigsten Sprachen. Französisch ist gewünscht aber nicht erforderlich. Bei den letzten Bewerbungen der Sozialarbeiter war zu erkennen, dass umfängliche Sprachkenntnisse vorliegen.

Auf die Fragen von Frau Kierschk antwortet Herr Kohl, dass die ÜWH abends, nachts, an den Wochenenden und Feiertagen vom Wachschutz bewacht werden.

Auf den Fluren gibt es ein spezielles Nachtlicht, welches sehr energieeffizient ist. In den Zimmern zahlen die Flüchtlinge eine Strompauschale, da ist jeder Bewohner selbst verantwortlich.

Frau Böttcher stellt die Vorlage zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1

TOP 7

Substanzkonsum bei Jugendlichen und Suchtprävention im Landkreis

Teltow-Fläming

Frau Decker stellt anhand einer Power-Point Präsentation anschaulich die Situation für den Landkreis Teltow-Fläming dar. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau Andrae bringt ihre persönliche Meinung zu diesem Thema zum Ausdruck. Gastronomie und Industrie sind hier gefordert. In den Gaststätten müssen alkoholfreie Getränke preiswerter sein als alkoholische. Die Industrie ist zu verpflichten, Getränke so auf den Markt zu bringen, dass der Inhalt erkennbar ist und für Kinder nicht zugänglich.

Des Weiteren bringt sie ihr Unverständnis zum Ausdruck, dass vor dem Haupteingang der Kreisverwaltung Mitarbeiter sowie leitende Angestellte der Kreisverwaltung zum Rauchen zusammenstehen. Dies ist eine schlechte Vorbildwirkung.

Weitere Meinungsäußerungen liegen nicht vor und somit beendet Frau Böttcher den öffentlichen Teil der Sitzung.

Nichtöffentlicher Teil

Frau Böttcher beendet die Ausschusssitzung.

Luckenwalde, 23.01.2014

Maritta Böttcher
Ausschussvorsitzende